

Protokoll der Sitzung des LJHA vom 7. Februar 2019

Zeit: 14:30 Uhr – 15:30 Uhr

Ort: Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport - Sitzungsraum

Teilnehmer/-innen und Gäste:
s. Anwesenheitsliste

Vorsitz: Herr Barde

Protokoll: Herr Möller

Bremen, den 14.03.2019

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt

TOP 2: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

keine

TOP 3: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22.11.2018

Das Protokoll wird genehmigt.

TOP 4: Anpassung der finanziellen Leistungen in der Vollzeitpflege und der Bereitschafts-/Übergangspflege ab 01.07.2019

Frau Dewenter führt in die Vorlage ein und weist die deutlichen Erhöhungen insbesondere bei den Sachkosten hin.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: . / .

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Anpassung der monatlichen Pauschalbeträge zur Kenntnis.

Gegenstimmen. 0

Enthaltungen: 0

TOP 5: Gesetz zur Änderung des Bremischen Tageseinrichtungs- und Kindertagespflegegesetzes (BremKTG) zur Umsetzung der Beitragsfreiheit in Kitas im Land Bremen für Kinder ab dem vollendeten 3. Lebensjahr und zur Zentralisierung der Beitragsfestsetzung in der Stadtgemeinde Bremen

Frau Blumenhagen führt in die Vorlage ein und hebt erläuternd deren wesentliche Eckpunkte Beitragsfreiheit und Zentralisierung der Beitragsfestsetzung hervor und informiert über Besonderheiten in Bezug auf Elternvereine und Kindertagespflege. Ferner teilt sie mit, es habe seitens der Träger und der ZEV keine Gegenstimmen oder Einwände gegeben.

Herr Dr. Schlepper erläutert die Stellungnahme der BEK, äußert die Befürchtung, die Mittel könnten in den kommenden Jahren nicht ausreichen und weist darauf hin, dass bei der Bedarfsgerechtigkeit der Kindertagesbetreuung noch präzisere Definitionen vonnöten seien. Letztere, so Frau Blumenhagen seien in Erarbeitung.

Im Verlauf der weiteren Erörterung werden insgesamt die Änderungen des BremKTG begrüßt, jedoch auch kritische Anmerkungen insbesondere zur Frage der Wirkungen der Beitragsfreiheit, der Stufenweisen Übergänge auch in Bezug auf richtlinienfinanzierte Einrichtungen und die Kindertagespflege getätigt sowie weitere Landesgesetzliche Anpassungen als erforderlich angesehen. Letzteres wird seitens der Verwaltung bestätigt.

Es wird vorgeschlagen, dem Beschlussvorschlag um die Formulierung „...und bittet ergänzend um weitere Berichterstattung.“ zu ergänzen.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Herr Dr. Schlepper, Frau Blumenhagen, Frau Leonidakis, Frau Ahrens, Frau Kastens, Herr Müller, Frau Lehmann, Frau P. Krümpfer, Herr Möhle, Frau Schellin,

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Tageseinrichtungs- und Kindertagespflegegesetzes (BremKTG) zur Umsetzung der Beitragsfreiheit in Kitas im Land Bremen für Kinder ab dem vollendeten 3. Lebensjahr und zur Zentralisierung der Beitragsfestsetzung in der Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis und bittet ergänzend um weitere Berichterstattung.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 6: Eckpunkte zur Einrichtung einer aufsuchenden Fachberatungsstelle für von häuslicher Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche

Frau Frank führt in die Vorlage ein, Frau Dr. von Hehl steht für Rückfragen zur Verfügung. Es wird verdeutlicht, dass noch kein Rahmenkonzept erstellt werden konnte, weil zunächst die Ergebnisse der IPOS-Untersuchung abzuwarten sind. Die vorgelegten Eckpunkte entsprechen dem am Runden Tisch erreichten Konsens, im zweiten Schritt würde der konkrete Auftrag ausdifferenziert und davon ausgehend der Finanzbedarf konkretisiert. Auf Nachfrage stellt Herr Diener fest, der Kinderschutz werde umfassend durch das Jugendamt wahrgenommen und alle Minderjährige betreffende Meldungen würden zuvörderst an das Jugendamt gehen. Auch Frau von Hehl unterstreicht, es gehe keineswegs um Outsourcing des Kinderschutzes oder Einschränkung der Aufgaben des Jugendamts. Ferner weist sie darauf hin, dass auch die Studie des IPOS sicherlich weitere Aussagen zu Fragen der Schnittstellen treffen werde, die im Weiteren Berücksichtigung finden müssten.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Ahrens, Herr Diener, Frau Dr. von Hehl, Herr Dr. Schlepfer

Beschluss:

Der Landesjugendhilfeausschuss begrüßt das vorgelegte Rahmenkonzept und bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport auf dieser Basis die Einrichtung einer aufsuchenden Fachberatung für von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen die eigene Person betroffene Kinder und Jugendliche zu konkretisieren sowie die Umsetzung vorzubereiten.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 7: Berichte der Verwaltung

- **Antwort auf Berichtsbitte Frau Leonidakis zu umA**

Frau Leonidakis bittet hinsichtlich der dargestellten 11 Fälle, um detaillierte Ergänzungen hinsichtlich der Zeiträume.

TOP 8: Verschiedenes

Auf Nachfrage zur Struktur des Landesjugendamts, berichtet die Verwaltung, Gespräche auf der Arbeitsebene hätten stattgefunden, eine Verständigung der beiden Hausleitungen werde alsbald erfolgen.

Die Verwaltung berichtet über den Prozess der Reform des SGB VIII und die entsprechende Struktur der Beteiligung und kündigt weitere Informationen über den Prozess an den LJHA an.

Auf Nachfrage zum Stand der KOAG Fachkräfte teilt Herr Barde mit, ihm liege noch kein neuer Sachstand vor. Er werde diesbezüglich die Staatsräte der beiden Ressorts anschreiben.

für das Protokoll:

Arnd Möller